Anlage 5 zur GRDrs 801/2015

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2016**

| Org.-Einheit(aut. Stpl.),Kostenstelle | Amt | BesGr.oderEG | Funktions-bezeichnung | AnzahlderStellen | Stellen-vermerk | durchschnittl.jährl. kosten-wirksamerAufwandEuro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 660 01 0366101030 | Tiefbauamt | A 12 | Sachbearbeiter/-in       | 0,5 | KW01/2018 | hh-neutral(47.800 €) |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Es wird eine halbe Stelle der Bes.Gr. A 12, zunächst befristet bis 31.12.2017, für die Sachbearbeitung bei der Abteilung Verwaltung des Tiefbauamts, Sachgebiet Rechts- und Vertragsangelegenheiten beantragt.

# 2 Schaffungskriterien

Im Bereich Rechts- und Vertragsangelegenheiten des Tiefbauamts ist eine erhebliche Arbeitsvermehrung zu verzeichnen. Die Schaffung ist haushaltsneutral, da durch die zusätzliche personelle Kapazität Einnahmen in entsprechendem Umfang realisiert werden können.

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass und bisherige Aufgabenwahrnehmung

Im Sachgebiet Rechts- und Vertragsangelegenheiten sind in den letzten Jahren neue Aufgaben hinzugekommen und bestehende Aufgaben haben sich deutlich vermehrt.

Im Bereich der Bearbeitung von Schadensfällen haben sich beispielsweise die Fallzahlen aufgrund der zunehmenden Stadtmöblierung, der großen Anzahl an Baumaßnahmen und den häufigen Starkregenereignissen deutlich erhöht. Dies gilt sowohl bei der Bearbeitung von Regressforderungen für Schäden am Eigentum der Stadt als auch bei Fällen, bei denen Ansprüche gegenüber der Stadt geltend gemacht werden. Außerdem ergab sich eine Aufgabenvermehrung im Bereich der Werbung im öffentlichen Straßenraum. Darüber hinaus fallen mehr zeitintensive Aufgaben im Zusammenhang mit der Regelung und Abwicklung von zusätzlichen Investorenprojekten an, bei denen über Baudurchführungs- und Erschließungsverträge Maßnahmen im öffentlichen Raum und deren Finanzierung geregelt und gesichert werden.

Die Prozesse „Schadensfälle, Ansprüche gegen die Stadt“ und „Städtebauliche Verträge und ähnliche Verträge“ wurden aufgenommen, Schnittstellen beschrieben und Prozesse optimiert. Dennoch reichen die Personalkapazitäten nicht aus. Mit der Entlastung durch eine zusätzliche halbe Stelle werden Mehreinnahmen von jährlich 40.000 Euro durch die Realisierung von Schadensersatzforderungen erwartet. Das Erlöspotenzial soll nach zwei Jahren überprüft werden. Die Stelle ist daher zunächst auf zwei Jahre zu befristen.

## 3.2 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Belange der Stadt würden nicht ausreichend gesichert. Dies würde ggf. zu Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben führen. Eine zeitnahe Erledigung wäre nicht möglich.

# 4. Stellenvermerke

KW 01/2018